

Ich nehme an, daß die Erklärung in dem Nordd. Wg. Jg. am 25. März richtig ist, bedeutungsvoll ist. Darin wird gesagt, die verbündeten Regierungen hätten daran, daß der Bedarf an neuen Einnahmen nicht bloß eine Bekämpfung der Vermögensverluste, sondern durch eine allgemeine Bekämpfung des Defizites aufgebracht werden muß. Das ist eine ernste Bekämpfung der Grundfälle, die in der Vorlage der verbündeten Regierungen enthalten sind. Und in diesem Programm ist der feste Einkommensteuern mit den verbündeten Regierungen einig zu sein, wenn der Reichstag der sein Stellenvertr. aus Anlaß der heutigen Debatte Gelegenheit nehmen würde, auch hier im Plenum die Grundfälle zu bestätigen, die in der Nordd. Allgemeinen Wg. in dieser vorzüglich klaren Weise Ausdruck gefunden haben. (Beifall Zustimmung links.) Die feste Stellung der Regierung hat die Garantie des Erfolges. Sie wird der Bewegung im Lande immer mehr und mehr Kraft verleihen und den Gedanken der Regierungsvorlage zum Siege verhelfen, selbst wenn es nötig sein sollte.

den Appell an das Volk

zu richten. (Bewegung im Hause.) Man hat in den hinter uns liegenden Zeiten manches Wort von der konservativen Partei gesprochen. Diese Partei ist eine Konzeption, an der der Liberalismus festhalten will. Es ergeht nun die Frage an die konservativen Partei, wie sie sich dazu stellt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zustimmung über die Vermögensverluste der Braunkohlenförderung eine Bestätigung in liberalen Kreisen herbeizuführen hat. (Beif. Zustimmung links.) Wenn die Steuerreform durch konservativen und liberalen zustande kommen soll, dann muß dieser Beifall über die Vermögensverluste revidiert werden. (Sehr richtig! links.)

Die jetzige Form auch bezüglich der Materialverluste, genügt uns nicht als Ersatz für die Vermögensverluste, sondern wir wünschen, daß nach dem nunmehr andere Wege als unangenehm bezeichnet worden sind, der Weg der Deszendenteuer eingeführt werden.

Der Bloß

bedeutet manchen Bericht am Parteiprogramm, bei Konventionen, bei Liberalen. (Bewegung, Unruhe rechts.) Wir erkennen es dankbar an, daß bei den hinter uns liegenden abgeschlossenen gesetzgeberischen Aufgaben man dem großen Gedanken, der in dem Bloß liegt, Rechnung getragen hat. Konzeptionen sind auf beiden Seiten in weitem Umfange gemacht worden. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.) Wir bringen gern dies Opfer. Aber wir können es nicht ertragen, daß bei der Finanzreform der liberale Gedanke ausgefallen wird. Wenn das geschehen sollte, dann ist es unmöglich; denn über solchen Kombinationen, Konstellationen, die naturgemäß keine ewige Dauer haben können, setzen die ewigen Prinzipien, für uns der liberale Gedanke, dem wir uns anhängen, und von dem wir hoffen, daß er die Zukunft beherrscht. (Stürmischer Beifall links.) (Reichsanwalt Herr Bülow bezieht den Saal.)

Die Festigkeit und Klarheit der Politik des Herrn Reichsanwaltes in den Ballustragen hat zu einem glänzenden Erfolge der deutschen Diplomatie und Staatskunst geführt, der an die besten Zeiten der Bismarckschen Politik erinnert. (Beifall, Beifall.) Möge der Reichsanwalt in der inneren Politik, in der Finanzreform, deren nationale Bedeutung von unserem Volke von Tag zu Tag mehr anerkannt wird, der gleiche Erfolg beschieden sein. (Beifall.) Möge es ihm gelingen, mit der Mehrheit, die er mit dem deutschen Volke für die innere Politik geschaffen hat, mit dem Programm der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts, das in der Regierungsvorlage der Finanzreform niedergelegt ist, unter Einwirkung der Festigkeit und des ersten sittlichen Willens, den eine solche Reform erfordert — möge ihm die Finanzreform gelingen zum Heile Deutschlands und zum Wohle der Nation. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.)

Ich hebe zur Frage der Reichsfinanzreform zurück. Dem Reichstag ist ein Antrag zugegangen, der eine Reihe langweiliger Namen als Unterforscher führt. Darin wird Klage geführt, daß die Verhandlungen der Kommission über die Reichsfinanzreform sehr langamen Fortgang nehmen, und der Reichstag wird aufgefordert, endlich mit festem Entschluß der Not ein Ende zu machen und zur Einigung mit den Regierungen zu gelangen. Der Antrag ist wohl gemeint. Auch ich halte die Reichsfinanzreform für eine Lebensfrage für Reich und Volk, und ich wünsche ihr baldiges Zustandekommen. Ich muß aber sagen, daß nicht der Reichstag die Hauptschuld trifft an dem langamen Fortgang der jetzigen Verhandlungen über die Finanzreform, sondern, daß das zuerst zurückzuführen ist auf den Umstand, daß die Regierung nicht rechtzeitig und ausreichend mit dem Reichstag Fühlung genommen hat. (Beifall Zustimmung links.)

Die Vorlagen sind mit großem Fleiß ausgearbeitet und eine Fülle schätzbarer Materialien ist ihnen beigelegt. Aber auf eines hat man zu wenig Bedacht genommen: Die Regierungen haben sich nicht rechtzeitig darüber klar gemacht, welche Mehrheit sie im Reichstage für ihre Forderungen finden können und mit welchen Parteien auf ein Zustandekommen der Reform gerechnet werden kann. (Sehr richtig! links.) Diese mangelhafte Fühlungnahme kann zur Folge haben, daß die Beiseitwürde zum Teil abgeht, zum Teil vollständig umgestaltet werden müssen. Gleichezeitig müssen aber auch die Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat aufgefordert werden, ihre parlamentarischen Reaktionen etwas mehr zurückzuführen. (Beifall Zustimmung links.) Wir wären in der Finanzreform erheblich weiter, wenn wir nicht auf Schritt und Tritt mit solchen parlamentarischen Einwendungen aufgehalten worden wäre.

Unsere Schuld ist es nicht,

daß wir in den Verhandlungen nicht rascher vorwärts gekommen sind. (Sehr richtig! links.) Wir haben nach besten Kräften an der Finanzreform mitzuwirken beabsichtigt und haben anerkannt, daß ohne erhebliche Erhöhung der indirekten Steuern eine gründlichere Reform der Finanzen nicht möglich ist. Diese Erklärung bedeutet ein großes Entgegenkommen unsererseits. (Sehr wahr! links.) Das geschieht aber nur in der Voraussetzung, daß ein Ausgleich geschaffen wird durch ausreichende Bekämpfung des Defizites und zwar durch eine allgemeine Vermögenssteuer. Wir freuen uns, daß dies von den einzelnen Parteien der Linken, von den verbündeten Regierungen und besonders von dem Abg. Bassermann anerkannt worden ist.

Meine politischen Freunde werden daran unter allen Umständen festhalten und wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, werden wir unsere Zustimmung zur Reichsfinanzreform nicht geben können. (Beifall Zustimmung links und Bewegung.) Das vor-

ausgehenden Kompromiß war auch für uns keine Erfüllung unserer Forderungen und wir haben ihm nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt weiterer Entschlüssen zugestimmt, vor allem, um der Regierung Gelegenheit zu geben, zu dem darin enthaltenen Gedanken Stellung zu nehmen. Ich kann meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß nach der Erklärung des Abg. Bassermann jetzt die große Mehrheit der nationalliberalen Partei bereit ist, für den Ausbau der Erbschaftsteuer im Reich einzutreten. Wir begrüßen dies um so mehr, als dadurch eine einheitliche Forderung aller liberalen Parteien geschaffen ist. (Stürmischer Beifall links und der Nationalliberalen.) Dessen freuen wir uns im Interesse der Finanzreform und im Interesse der weiteren politischen Entwicklung in unserem Vaterlande. (Erneuter Beifall bei den Liberalen.) Diese Genehmigung wird auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß der Abg. Bassermann sich gegen eine Aufhebung des Kollegen Naumann gewandt hat. Ich sehe nicht an, auszusprechen, daß auch ich die Anschauung Naumanns über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Mehrheit des Beifalls Bassermann nicht teile. (Beifall links, hört! hört!) Aber diese Divergenz der Auffassung über

parteipolitische Zukunftsaussicht

ist belanglos gegenüber der Tatsache, daß von uns allen und nicht zuletzt von Naumann in der Gegenwart ein Zusammenarbeiten aller Liberalen gewünscht wird. (Beifall links.) Meine politischen Freunde haben es von Anfang an für nötig gehalten, in erster Linie für die Regierungsvorlage hinsichtlich der Erbschaftsteuer einzutreten, weil wir davon überzeugt waren, daß auf diesem Wege eine Verständigung über die Bekämpfung des Defizites und über die Ansammlung der direkten Steuern im Reich möglich war. Ich hege nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen über diese Frage die zuversichtliche Hoffnung, daß die Linken bei der zweiten Abstimmung in der Kommission nicht mehr allein bleiben wird. (Zustimmung links.) Ich hoffe auch, daß der weitere Verlauf der heutigen Beratungen Anlaß zu der Erwartung geben wird, daß dieser Standpunkt sogar von Mitgliedern der Reichtsparteien unterstügt werden wird. (Bravo! bei den Liberalen.) Freilich, wie sich die deutsch-konservativen zu dieser Frage stellen werden, das müssen wir nach den Erklärungen beurteilen, die bisher von ihren Führern abgegeben worden sind. Im Herrenhaus hat Graf Mirbach am 18. März ausgesprochen, daß die Nachlasssteuer im Reichstage eine recht judicatale ist. Er sieht eine starke Majorität entgegen, in welcher die deutsch-konservative Fraktion einen rochen de bronze bilden werde. (Beifall links, hört! links.) Nun, ich meine, von diesem rochen de bronze ist bereits manches abgedreht. (Sehr richtig! links.) Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch in der konservativen Partei die Mehrheit gegen die Nachlasssteuer sich schließlich in eine Minorität verwandelt wird. Freilich, der Bund der Landwirte lehnt den Kampf gegen die Nachlasssteuer mit allen Mitteln einer struppeligen Agitation fort. Diese Taktik des extremen Agitationsismus muß ich gerade bei der Finanzreform als eine überaus schädliche und unheilvoll bezeichnen. (Beifall Zustimmung links.) Ich wünsche sehr wohl, daß die konservativen Partei sich nicht identifiziert mit dem Bund der Landwirte, und daß auch unter den konservativen sehr viele sind, die über das demagogische Treiben des Bundes der Landwirte nicht gerade erbaut sind. (Hört, hört! Zustimmung.)

Aber wie die Dinge liegen, müssen wir doch mit der Tatsache rechnen, daß heute der Bund der Landwirte auf die Haltung der deutsch-konservativen Partei bestimmenden Einfluß ausübt (sehr wahr! links) und daß die Führer des Bundes der Landwirte die Herren Dr. Hahn, Dr. Köhne, v. Odenburg, die Mitglieder der deutsch-konservativen Reichtspartei sind, auch ihre Anhänger, die sie öffentlich lobt und geschönt haben, in ihrem Kampf zur Geltung zu bringen versuchen. Daher muß ich sagen, wir können diese Agitation draußen im Lande nicht aus dem Auge lassen, wenn wir die Chancen der Reichsfinanzreform richtig einschätzen wollen. Die ganze Ausrüstigkeit und Rücksichtslosigkeit der Agrar-Demagogie (lebsthafte Cho-Rufe und Unruhe rechts, die mit lebhaftem Gegenrufen von der Linken beantwortet werden) — erinnern Sie sich doch der Verhandlungen im Zirkus Busch! Dort ist eine Fülle von Aufzeichnungen von den extremsten Vertretern des Bundes der Landwirte gefallen, die auf unserer Seite helle Entrüstung haben wahrnehmen müssen. (Beifall Zustimmung links.) Wir nehmen einzelne scharfe Äußerungen von dort nicht zu ernst, wir müssen ja, daß im Zirkus Busch mitunter Anwendungen gebraucht werden, die den betreffenden Rednern die Berechtigung zur Ehrenmitgliedschaft im

Saugener Gesundheitsklub

geben würden. (Große Heiterkeit.) In den diesjährigen Verhandlungen im Zirkus Busch haben an Einseitigkeit der Forderungen und an Aufstellung der Begehrtheit und der Selbsthaft, an Herausforderung der nicht agrarischen Kreise unserer Bevölkerung nach ihre Vorgänger in den Särgen gestellt. (Beifall Zustimmung links.) Es ist früher einmal ausgeführt worden, daß der Wort Agrarier ein Ehrenname ist, so werde jeder genannt, der eine gute Sache mit dem erforderlichen Nachdruck vertritt. Ich befreite nicht, daß die Regierung, einseitige Interessen dem Gemeinwohl voranzustellen, in unserem Vaterlande angenommen hat (sehr richtig! links) nicht zuletzt dank der Tätigkeit des Bundes der Landwirte. (Zustimmung links.) Das ist aber kein Ruhmeszeichen, sondern die einseitige Verfolgung selbstthätiger Interessen ist ein Rechtschaden für unsere innere politische Entwicklung. (Beifall Zustimmung links.) Unter dieser Rücksichtslosigkeit leidet zweifellos auch das Zustandekommen einer gelunden Reichsfinanzreform. Die vom Bund der Landwirte beschlossene Resolution zur Reichsfinanzreform bringt uns in der That dazu, daß die Reform eine nationale Notwendigkeit ist. Sie liegt aber mit der einschneidenden Abnahme aller direkten Reichsteuern, insbesondere der vorgeschlagenen Nachlass- und Erbschaftsteuer. Diese Resolution kennzeichnet die agrarische Haltung so recht. Sinter wenden patriotischen Wendungen verdeckt sich die Abneigung, selbst Opfer zu bringen. (Beifall Zustimmung links.) Andere Forderungen, die wir im Zusammenhange mit der Reichsfinanzreform erheben, finden ebenfalls Widerstand auf der rechten Seite. Wir haben hier ausgesprochen, daß gleichzeitig mit der Finanzreform auch der Ausbau der verfassungsmäßigen Einrichtungen erfolgen müsse, daß konstitutionelle Garantien geschaffen werden sollten. Da ist es wiederum für uns eine glückliche Erklärung, daß der Bund der Landwirte gerade bei dieser Forderung mit der scharfen Stellung genommen hat. Herr von Wangenheim hat im Zirkus Busch in Bezug auf die Rosenbergsache ausgeführt, daß die Ereignisse, die im November im Reichstag abgesehen haben, allen patriotischen und royalistisch denkenden Männern das Schamgefühl,

ein Gefühl des Jornes

durch die Adern getrieben haben. (Hört, hört! links.) Ich finde diese Wendung um so auffälliger, daß auch die Vertreter der Rechten in der Beurteilung jener Vorgänge sind. (Hört, hört! bei dem Freisinnigen.) Diejenige, die Herr v. Wangenheim dem Reichstage da erteilt hat, kann uns nicht lassen. Jedenfalls wird das bei der Linken der Fall sein. Die monarchische Gesinnung im Volke ist nicht gefährdet, sondern gefördert worden. Herr von Odenburg hat uns nun

einem Kampf auf Leben und Tod

angeflügelt. Er hat den Kaiseranruf ausgelesen, daß, wenn die preussische Verfassung bricht, dann auch die Damm bricht, der das ruhige Arbeiten der Staatsmaschinerie garantiert. Damit will er eine Reform verhindern. Diese Ausprüche sind bezeichnend für die Agitation, die außerhalb des Hauses getrieben wird, genau so, was wir als Fortschritte verlangen.

Durch die letzten Vorzüge sind die Voraussetzungen für die Mitwirkung der Konservativen an der Reichsfinanzreform durch die Abstimmung in der Steuerkommission über die Vermögensverluste gegeben hat volle Klarheit geschaffen. (Zustimmung links.) Die Erklärung des Abg. von Normann hat befunden, daß die Konservativen jetzt gemillt sind, die Reichsfinanzreform aufzugeben und die Finanzreform mit dem Zentrum zu machen. Die „Konservative Korrespondenz“ hat zur Erklärung dieses Verhaltens auf die einseitige Vorherrschafft der Freisinnigen hingewiesen. Wir haben niemals gelangnet, daß wir bei unserer Mitwirkung an der Reichsfinanzreform in der Richtung unserer Anschauungen durchgehen wollen, und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß wir manches in dieser Beziehung erreicht haben. (Zuruf rechts: Na also!) Aber von einer einseitigen Vorherrschafft der Freisinnigen kann doch wahrlich nicht gesprochen werden (Zustimmung links), abgesehen davon, daß wir nur Augenblicke verlangen, die nach unserer Überzeugung dem Staatsinteresse dienen. (Beifall links, Gelächter rechts.) Die konservativen Partei, die seit Jahrzehnten im Besitz der Macht ist, und die es verstanden hat, die Regierung und die Gesetzgebung unter ihre Herrschaft zu bringen, sollte am wenigsten solche Vorwürfe erheben. (Beifall links, Lachen rechts.) Durch ihre fast beschränkte Machtstellung in Preußen hat sie auch maßgebenden Einfluß auf den Gang der Reichsfinanzreform. Das ist keine einseitige Vorherrschafft der Freisinnigen, das hat heute erst ein fündiger Thebaner ausgesprochen, dem doch Kenntnis der Personen und der Verhältnisse nicht abgeprochen werden kann, freier von Zehlig im „Tag“. Er hat offen erklärt, daß für den Bloß besonders gefährlich ist das in der konservativen Fraktion sich mehr und mehr steigende Herrschgüttele. Er spricht von einer kampflosen Ertüchtung der konservativen Partei gegenüber anderen Parteien. Ich finde, daß er mit dieser Behauptung nicht Unrecht hat, und ich bebaure, daß diese Haltung der konservativen Parteien den linksliberalen Parteien die Mitwirkung an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform so außerordentlich erschwert. Wir werden ruhig die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. Wir fragen dabei auch nicht: Was wird die Regierung tun? Was wird Herr Bülow beim Scheitern der Reichsfinanzreform tun, oder ob er seinen Frieden mit dem Zentrum machen wird, oder ob er aus dem Amte scheiden wird? Dr. Hahn hat in einer Verammlung in Cleve ausgeführt, daß für den Fürsten Bülow keinerlei Anlaß vorliegt, die Finanzreform nicht zu machen, was das Zentrum dabei beteiligt ist. Es wird Sache des Fürsten Bülow sein, diese Frage zu beantworten. Ich glaube, die Antwort kann ihm nicht schwer fallen nach der jetzigen Haltung der Zentrumspartei, wobei ich freilich hervorheben möchte, daß zwischen den Ausführungen des Herrn v. Hertling und einer

Rede des Grafen Praschna

immerhin doch ein großer Widerspruch besteht. (Beifall Zustimmung links.) Auch in der Beurteilung und Wertschätzung der Leistungen des Fürsten Bülow in der auswärtigen Politik ist dieser Widerspruch vorhanden. Ich weiß nicht, ob dieser Gegensatz auf zweiwärtige Meinungen im Zentrum schließen läßt, oder ob er auf den Umstand zurückzuführen ist, daß sich inzwischen die Ansichten für das Zentrum gebildet haben, wobei in die Stellung als rechtsliberaler Partei eintrüben. (Beifall Zustimmung links, Unruhe im Zentrum.) Wir werden die weitere Entwicklung mit höher Gelassenheit abwarten. Wir werden eine zu gegebener Zeit aus unserer Reihe herausreten und werden uns dabei nur von allgemeinen Interessen leiten lassen. Wie ein rocher de bronze wird aber immer die Forderung bestehen bleiben, die an der Spitze unserer Parteiprogramms steht:

Beseitigung der nationalen Einheit,

Ausbau der politischen Freiheit, Hebung der Wohlfahrt des ganzen Volkes. (Beifall Zustimmung links.)

Abg. Herr v. Nisthoben (kons.):

Ich bin der Meinung, daß im gegenwärtigen Augenblick nichts Schlimmeres getan werden kann, als Antrieben zu leisten. Ich gelte offen, daß es mir unerträglich ist, wie der Abg. Wiemer in demselben Atem für den Bloß eintreten und dann solche Vorwürfe gegen die einzelnen Parteien des Bloß richten kann. (Sehr wahr! rechts.) Wenn er davon gesprochen hat, daß er sich Reize auflegen wolle, so habe ich davon nichts gemerkt. (Beifall Zustimmung rechts.) Worher hat Abg. Bassermann eine lange Lobrede auf den Bloß gehalten, ich will diese Lobrede halten, aber wenn einmal die Gefühle des Bloß geschrieben werden, dann wird es sich zeigen, ob mehr von Konzeptionen der Rechten oder der Linken zu sprechen sein wird. Ich muß noch vornehmlich betonen, daß eine Partei nach wie vor die Reichsfinanzreform in jeder Weise fördern will. Wir erkranken nach wie vor darin eine unabsehbare Forderung zur unumgänglichen notwendigen Sanierung der Finanzen und ein Rückfall der nationalen Würde. Wir werden nicht zagen, an der Finanzreform weiter mitzuwirken, wenn es uns aus vielerlei Schmerz gemacht wird. Ich muß die Vorwürfe zurückweisen, die offenbar auch auf uns fallen sollen, als ob wir an der Verzögerung schuldig wären. Wir sind im Gegenteil bei allen Gelegenheiten für die Beschleunigung eingetreten und haben nichts getan, was irgendeinen Vorwurf rechtfertigen könnte. Uns liegt nichts mehr im Sinne, als eine Verwampfung zu verhindern. Wir haben das Recht, so verlangen, daß die Regierungen mit ihren Vorlägen hervortreten. Neue Steuern vorzuschlagen ist nicht Sache der Parteien. Die hunderte Millionen Verschleißer, die kommen und haben, wir verweigern, weil wir geglaubt haben, daß sie im besten von den Einzelstaaten aufgebracht werden kann. Ich frage Sie, wie haben sich die Parteien zu den Vorlägen verhalten? Ein Teil gerade von der Linken hat mehrere indirekte Steuern a limine abgelehnt. Ich erinnere an die Nierentaxen, an die Elektrizität, an die Weinsteuer. Ich könnte vielleicht diese Liste noch verlängern. Es sind also unter den 400 Millionen indirekter Steuern

der 12 Jahre im Amte ist und beinahe 9 Jahre Reichstagskanzler ist, viele Gegner hat, darüber können Sie sich doch nicht wundern. (Heiterkeit.) Da gibt es die Enttäuschten, denen man beim besten Willen nicht alle Wünsche erfüllen kann (Kuchen rechts, Kaulse, große Heiterkeit links), dann die Ehrgeizigen, die gern selbst Minister oder Reichstagskanzler werden möchten (Erneute Heiterkeit). Dazu gehört aber nicht mein hochpocherter Freund, der Staatsrat von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, von dem Herr v. Diershausen gesprochen hat. Da gibt es die Fraktionen, denen man nicht alle Wünsche erfüllen kann, und die in einem Lande, wo die Regierung nicht auf eine einzige Partei eingestellt werden kann, natürlich immer mehr oder weniger dies oder jenes am Reichstagskanzler auszuüben haben werden; und je länger einer Reichstagskanzler ist, um so stärker schwillt dieser Chor der Klagen an. (Große Heiterkeit.) Dies Schicksal teile ich mit meinem großen Amtsvorgänger. Aber auf Se. Majestät den Kaiser und König haben solche Reservationen gar keinen Einfluß, und an seinem Hofe wird solchen Intrigen kein Vorbehalt geleistet. Da gibt es sehr aufrechte und tüchtige Männer, die ihren Kaiser und König nach bestem Wissen und Gewissen dienen und die Intrigen verabsäumen. (Zuruf: Gulesburg!) Und unser Kaiser ist ein viel zu gerader und einflussvoller Mann, als daß man ihm mit solchen Einflüsterungen besonnenen Eintritte.

Kun hat der Abg. David so gesprochen, als wenn ich neulich in meiner Rede im Abgeordnetenhaus ein neues Sozialistengesetz in Aussicht gestellt hätte. Das hat mich eigentlich nicht überrascht, denn die sozialdemokratische Presse hat ja schon longscham nach meiner damaligen Rede in hohen Tönen und in großen Erhabenheiten gemacht gegen das angeblich bevorstehende neue Sozialistengesetz. Im „Vorwärts“ las ich damals: „Schmach über Schmach! Der Reichstagskanzler, der Kanzler von Gnaden des Liberalismus, der kapitalistische Hausmeier (Große Heiterkeit) hat den Mut gehabt, neue Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie anzukündigen. Seine Rede war ein Appell an die Besonnenheit, ein Anruf zum Staatsfriede.“ Ich bin ja gewohnt, daß man im politischen Leben den Gegner — auch den Freund, ist mir auch schon vorgekommen (Heiterkeit) — behandelt nach dem bewährten Grundsatz: Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter! Insofern hat mich die Auslegung meiner Worte durch die sozialdemokratische Presse nicht überrascht. Wenn man einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißt, so kann man ja ungefähr das Gegenteil von dem beweisen, was gemeint ist. Jeder unbefangene Leser und Hörer muß aber auch über meinen damaligen Gedankengang keinen Augenblick im Zweifel gemessen sein. Ich habe mir meine Rede geben lassen; was habe ich gesagt? Ich habe gegenüber den Wünschen nach schärferem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie hingewiesen auf die früheren fruchtlosen Versuche, neue Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung durchzuführen. Ich habe mir zu eigen gemacht die vorzüglichen Ausführungen des Grafen Dr. v. Gulesburg im Herrenhause, daß schließlich das Rückgegriff der Sozialdemokraten nicht genügt. Ich habe die strengere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen vorläufig für ausreichend erklärt und schließlich gesagt: Vorüber wird uns klar sein müssen, daß ein Vorgehen auf gesetzlichem Wege und nun gar mit polizeilichen Mitteln kein Mittel ist. (Hört, hört!) Sie werden mir zugeben, daß diese Worte sich vollkommen decken mit den Anschauungen, die ich stets über die Bekämpfung der Sozialdemokratie vertreten habe. Aus diesem Zusammenhang hat man herausgerissen den Satz: Es ist möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Geseßgebung zu beschreiten. (Hört, hört! bei den Soz.) Ja, wer wollte denn an der Möglichkeit zweifeln? (Kuchen b. d. Soz.) Ich habe hinzugefügt: ich halte unsere Gesetze für vollkommen ausreichend (Hört, hört!), nur müssen sie mit Ernst und Nachdruck durchgeführt werden. Wenn Sie aber fortfahren, die Leute auf die Straße zu gehen — daß Dr. David nicht dabei sein wird, daran zweifle ich keinen Augenblick (Heiterkeit) —, wenn Sie bei jedem Anlaß die nationalen Empfindungen der großen Mehrheit des deutschen Volkes verletzen, wenn Sie die Wahrgesetze unseres Ruhmes durch Gesetzen in den Kot schleifen lassen vor den Augen des Auslandes — der Abg. David hat gemeint, das könne man seiner Partei nicht zum Vorwurf machen; ja, welcher Partei gehörten denn diese Zummantanten an? Das waren doch keine Agrarier (Heiterkeit) —, wenn Sie bei jeder Gelegenheit die Arme, unseren Soldat und unseren Soldat, angreifen, dann werden wir solche Eingriffe in die Sicherheit des Landes mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen. (Sehr wahr!) Sollten diese Mittel nicht ausreichen, sollten Sie es schließlich wirklich zu revolutionären Erhebungen bringen, so werden sich die bürgerlichen Parteien mit der Regierung zusammenschließen und erwägen, was weiter an gesetzlichen Maßnahmen notwendig ist. (Beifall.) Und nun will ich dem Abg. David, der ja seine Rede mit einem schönen Zitat geschlossen hat, obwohl er mir vorwirft, daß ich zuviel in Zitate mache (Heiterkeit), ihm will ich, nachdem ich seit längerer Zeit nicht zitiert habe (Große Heiterkeit), auch ein Wort widmen, was ich gerade gestern Abend bei Goethe gelesen habe. (Heiterkeit.) Das Wort lautet: „Geseßgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich verperden, sind Vandalen oder Scharlatane“ — damit meine ich natürlich keinen Anwesenden. (Heiterkeit.) Im übrigen empfehle ich dem Abg. David: Lesen Sie Goethe! (Heiterkeit.)

Nun wende ich mich zu der Frage, die heute im Vordergrund der Debatte stand, zur Finanzreform, namentlich zu einem sehr wichtigen Teil dieser Finanzreform, nämlich zur Eijfste u. e. r. Da hat sich nun der Abg. David mit diesem Behagen verbreitet über die Gegensätze, die in dieser Beziehung bestehen sollen zwischen der Rechten und den Agrariern und mir. Ich habe gestern gesagt, daß die äußerste Linke einige diplomatische Talente besitzt; vielleicht hat Herr David mir beweisen wollen, daß er auch gewisse diplomatische Talente besitzt, und da er meiner bescheidenen diplomatischen Befähigung ja einige Anerkennung zollte, so würde ja vielleicht auf ihn zurückgegriffen werden können, bei dem oft beklagten Mangel, der in unserer Diplomatie herrscht. (Heiterkeit.) Ich kann allerdings nicht verschweigen, daß die Art und Weise der Diplomatie, die Dr. David in diesem Falle

trieb, doch mehr eine Diplomatie des ancien régime ist, eine Diplomatie, die üblich war in der Zeit der Kabinettpolitik. Der Abg. David, der treibt die Taktik, die Politik der Schandenrede, die ich gestern verurteilt habe, die Politik des tertius gaudens. Darauf falle ich nicht herein, und ich denke, daß die Agrarier und die Konfessionen auch nicht darauf hereinfallen werden. Nun möchte ich über die Frage der Besitzsteuer das Folgende sagen: Es ist schon gesprochen worden, daß ich in dieser Frage — ich weiß wirklich nicht einmal, was Herr David oder Herr Hausmann, der das gesagt hat (Große Heiterkeit) —, daß ich in dieser Frage der Besitzsteuer umgefallen sei. Mit dem Worte umgefallen sollten wir doch sehr vorsichtig sein. Ich habe neulich ein freundschaftliches Gespräch mit Herrn Müller-Meinungen gehabt und erinnerte ihn daran, daß er vor sechs oder sieben Jahren eine schöne Rede gehalten hat, in der er von dem Umfall des Reichstagskanzlers in der Frage des Gerzteszollens sprach. Ich sagte Herrn Müller-Meinungen: „Wenn wir nun zusammen die Linden heruntergehen, da begegnen wir vielleicht zwischen dem Brandenburger Tor und dem Schlosse Sunderbö von Leuten, aber ich bitte Ihnen die höchste Bitte an, daß, wenn Sie diesen Leuten sagen: da ist der Reichstagskanzler, der vor sechs oder sieben Jahren umgefallen ist, so weiß ich ein einziges, wo ich damals umgefallen sein soll. (Große Heiterkeit.)“ Wahrscheinlich gibt es da sehr viele, die sich eben überhaupt nicht an die vermeintliche Frage der Differenzierung des Gerzteszollens erinnern, viele werden vielleicht gar nicht einmal den Unterschied zwischen Maßgerste und Futtergerste kennen. (Heiterkeit.) Also mit dem Worte Umfallen sollten wir doch sehr vorsichtig sein. In diesem Falle trifft der Vorwurf jedenfalls nicht zu. Ich denke gar nicht daran, mich in dieser Frage aus einem Pausen wieder in einen Saal zurückzuverwandeln. (Heiterkeit.) Es wird immer gesagt, die indirekten Steuern gehörten dem Reiche und die direkten den Einzelstaaten. Ja es wird sogar den verbündeten Regierungen der Vorwurf gemacht, daß sie nur nicht den Mut hätten, so viel an indirekten Steuern zu verlangen, als in anderen Ländern getragen würde. (Sehr richtig! rechts.) In der Theorie — das erwidere ich auf den Zuruf — ist es natürlich sehr wohl möglich, die ganze Finanzreform im Reiche nur auf indirekte Steuern zu basieren, ohne daß man über das hinausgeht, was in anderen Ländern, in Frankreich, England, auch Italien aus Bier, aus Tabak, aus Branntwein für die Staatsentnahmen gezogen wird. Ueber die Gerechtigkeit einer solchen Steuerpolitik kann man ja sehr verschiedener Ansicht sein. Wie aber die Verhältnisse bei uns tatsächlich liegen, ist dieser Weg nach meiner Überzeugung für eine pflichtbewusste Regierung politisch nicht möglich. (Sehr wahr! links.) Die Regierung soll weiter sehen, als die Parteien. Eine solche Politik, wo bei Erhebung von einer halben Milliarde neuer Steuern alles auf die indirekten Steuern gelegt wird, würde im Lande nicht verstanden werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich würde dem Sozialdemokratie einen sehr wirksamen Agitationsstoff zuführen, wenn ich eine solche Politik einschläge, ich würde dann ein wahrer Schrittmacher der Sozialdemokratie sein. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine solche Politik würde Verwirrung und Unsicherheit in das Land tragen und Widerspruch in den weitesten Kreisen hervorrufen. Deshalb bleiben die verbündeten Regierungen bei der Überzeugung, daß bei einem Gesamtbetrag von einer halben Milliarde ein erheblicher Teil von dem Betrag erhoben werden muß, darüber freiten wir uns nun schon seit Monaten, ohne weiter zu kommen. So viel, meine Herren, steht nur fest, daß, wenn die Einzelstaaten nicht offiziell droht werden sollen, die Besitzsteuer nicht lediglich in einer Erhöhung der Materialarbeit oder in einer Reichsvermögenssteuer oder Reichseinkommensteuer bestehen kann. Da uns nun ein anderer praktisch verwertbarer Vorschlag, um alle Arten des Beihes zu treffen, nicht gemacht worden ist, so bleibt nach der Ansicht der verbündeten Regierungen nur der in ihrer Vorlage gewiesene Weg übrig, durch eine Erbschaftsteuer den Beih zu fassen. (Lebhafte Beifall links.) Daß gegen diese Form der Besteuerung sehr erhebliche Bedenken erhoben werden können, Bedenken, die Freiherr von Richthofen soeben noch einmal hervorgehoben hat, ist mir sehr wohl bekannt. Ich kenne und würdige durchaus diese Bedenken. Was ich aber absolut betrete, ist, daß nicht die Möglichkeit vorhanden sein soll, diese Bedenken zu mildern, ja, sie fast vollständig zu beseitigen. (Abg. Paasche nickt.) Ich freue mich, daß ein verehrtes Mitglied des hohen Hauses, das bisher Gegner der Nachlasssteuer war, mir bei diesen Worten zuhört. Wie Vorschläge, die in dieser Beziehung gemacht werden, werden aufs sorgfältigste und gewissenhafteste geprüft werden. Wie die Regierung ja auch bisher alle Vorschläge und Gegenorschläge mit Wohlwollen und Gewissenhaftigkeit geprüft hat. Es ist meinem Mitarbeiter, Herrn Reichsstaatssekretär Sydow, der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht rechtzeitig Fühlung genommen hat mit den Parteien. Ja, meine Herren, da sage ich mir doch, wenn es jetzt so schwer ist, von den Parteien eine endgültige und klare Entscheidung zu erlangen, wie wäre es dann vor Monaten möglich gewesen, an ihnen die Zeremonie der Wunderöffnung vorzunehmen. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß der Staatssekretär Sydow in dieser Richtung nichts veräußert hat. Jedenfalls wird er auch weiter alle Vorschläge, die gemacht worden sind, mit dem allergrößten Wohlwollen prüfen. Nun ist ja auch in verchiedenen Reihen Kritik an dem Bloß geübt worden. Der Abg. David glaubte schon das Köhler des Bloß zu vernehmen. (Heiterkeit.) Der Abg. Hausmann, der mit einer Schärfe gesprochen hat, die ich lebhaft beklage (Lebhafte Zustimmung rechts), betrachtet den Bloß schon als Leiche. Meine Herren, der Gedanke, der seinerzeit bei der Bildung des Bloß zugrunde lag, war, durch Wüderung der Parteigegensätze die besten Kräfte der Konfessionen und der Liberalen, die sich seit so langem und oft in sehr unfruchtbarer Kampfe gegenseitig aufzehrt, zu verbinden und dadurch fruchtbarer zu machen. Ich habe das in einem, aber sehr mit Unrecht, und hier und da in sehr oberflächlicher Weise angegriffenen Bilde die Paarung des Liberalen und des konfessionellen Geistes genannt, da zwischen Konfessionen und Liberalen namentlich in wirtschaftlichen Fragen Gegensätze bestehen, die nicht in jedem Augenblicke beseitigt werden können, das habe ich dem ersten Augenblicke an gewußt. Der Gedanke aber, der dem Bloß zugrunde lag, war doch ein sehr

gesund, und er hat nach meiner Überzeugung im Bande zu festen Boden gefaßt, als daß er durch vorübergehende Schwierigkeiten erstickt werden könnte. (Zustimmung.) Es ist, wie ich glaube, ungerecht, diesen Gedanken für die Mängel verantwortlich zu machen, die bei seiner Durchführung in einzelnen Punkten hervorgerufen sind. Die Ideen haben ihr eigenes Dasein und ihre eigene Berechtigung, und ihre Berechtigung ist nicht abhängig von den oft wandelbaren und von den oft mangelhaften Erscheinungen, in die sie die Da-seinswelt — in diesem Falle dieses hohen Hauses — hineinbringt. — Und darum glaube ich, daß der Gedanke, der der Gründung des Bloß zugrunde lag, nicht tot ist. Ich bin überzeugt, daß er in dieser oder jener Form wieder aufliegen wird, daß er uns alle überleben wird. Und nun möchte ich mir noch ein kurzes Wort erlauben über die Reichsfinanzreform selbst. Ueberall macht sich, darüber kann kein Zweifel bestehen, in täglich steigendem Maße die Sorge geltend um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform. (Allgemeine Zustimmung.) Ihre Kommission ist nun bereits seit drei Monaten am Werke, und noch liegt kein entscheidendes Ergebnis vor. Und doch vertritt die Sache einen Ausschuß. Die in Frage stehenden Interessen des Reiches und der Einzelstaaten sind zu wichtig, als daß die Entscheidung hinausgezögert werden könnte. Wenn wir in dieser Beziehung irgendwelche Zweifel hegen, so würden sie uns genommen werden müssen durch die Stimmen der Angehörigen und der Anwohner, die aus dem Lande täglich an unser Ohr schlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Land empfindet es als eine nationale Kalamität, daß die Entscheidung über die Finanzreform solange hinausgezögert wird. Das Land würde es als ein nationales Unglück auffassen, wenn dieses hohe Haus sich aufreißend zeigte, die Reichsfinanzreform zu lösen. Als übereinstimmende Überzeugung der verbündeten Regierungen muß ich es aussprechen: Wir verlangen von diesem Hause eine feste und unzweideutige endgültige Entscheidung über die Reichsfinanzreform noch in dieser Session. (Lebhafte Beifall.) Ich muß es auch offen aussprechen, daß die Schuld an den gegenwärtigen so unbefriedigenden Verhältnissen mehr oder weniger alle Parteien tragen. Herr Hausmann hat zwar gesagt, daß seine Partei in dieser Beziehung tadellos dastünde. Wenn man die Herren hier hört, dann stellt natürlich jede Partei da weiß und fleckenlos wie ein Lamm. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit sind Sie allzumal Gänder. (Große Heiterkeit. Zuruf: Die Regierung auch!) Auch die Regierung hat Fehler gemacht, aber lange nicht so viel wie Sie. Die Rechte ist gegen eine angemessene Erbschaftsteuer, und die Linke wehrt sich gegen die Form, unter der allein nach Ansicht aller Sachverständigen eine höhere Belastung des Spiritus möglich ist. So kann es nicht weitergehen. Wer es mit unferen Institutionen gut meint, muß Front machen gegen diese Verfleppungstatistik, gegen diese Hemmnis des Willens zur Tat. Es müssen endlich die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund gehoben werden, die der großen Aufgabe entsprechen. Es ist davon gesprochen worden, daß jeder oder jener Abgeordnete sich in seiner Haltung betreten lasse durch die Sorge um seinen Wahlkreis. Davon kann doch im Ernst nicht die Rede sein. Ich kann nicht annehmen, daß irgend ein Mitglied dieses Hauses sich in seiner Entscheidung beeinflussen lassen könnte durch die Gesetze eines Mandatsverlustes. Solche lokalen Erwägungen müssen gegenüber der Größe der Aufgabe, müssen gegenüber dem Allgemeininteresse ebenso zur Ruhe verwiesen werden, wie die egoistische Interessenvertretung gewisser Erwerbsgruppen, die sich wider den Willen der Öffentlichkeit mit einer einzig dastehenden Kühnheit in den Vordergrund gedrängt haben. (Hört, hört! links.) Ich sage es mit dem vollen Ernst, den diese große Aufgabe verlangt: Die Reichsfinanzreform ist die wichtigste Aufgabe, die je diesem hohen Hause unterbreitet worden ist. Sie muß gelöst werden, wenn der Reichstag seine Stellung behaupten, wenn er zeigen will, daß er auch imstande ist, große Aufgaben nach großen Gesichtspunkten zu lösen, unbeeinträchtigt um kleine Sonderinteressen und unbeeinträchtigt um kleine Differenzen. Das Land und die verbündeten Regierungen haben das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie sich dieser großen Aufgabe gewachsen zeigen werden. Beweisen Sie dem Lande und beweisen Sie dem Auslande, daß Sie imstande sind, diese Aufgabe zu lösen im Interesse unferes Vaterlandes, und im Interesse des Ansehens und der Stellung des Reichstages. (Lebhafte Beifall.)

(Fortsetzung im Beiblatt.)

Berichtverhandlungen.

Der Rennfahrer als Mörder.

S. u. H. Erster, 29. März.

In dem Prozesse gegen den Rennfahrer Preuer wegen Ermordung des Rentiers Rathener wurden heute zunächst einige Zeugnisse vernommen, die bei der Auffindung der Leiche zugegen waren. Neue Momente traten bei diesen Aussagen nicht zutage. Es wurden darauf Feststellungen gemacht, die sich auf die Vermögensverhältnisse des Ermordeten beziehen. Danach kann von zertrümmerten Verhältnissen des Missethater gar keine Rede sein. So dann wurde die Angabe der familiärlich vernommenen geliebten Ehefrau Wankons, der jetzigen Ehefrau des bekannten Talprentnerbauers Geipelmanns, vernommen. Frau Wankons behauptet, daß ihr Mann 20 Jahre älter als sie war. Die Ehe sei wegen gegenseitiger Uneinigkeit gelöst worden. Das Urteil dürfte vermutlich erst Mittwoch gesprochen werden.

Berlin, 30. März. Das Urteil im Gismordprozess gegen den Kaufmann Otto Keller und die Mitangeklagte Frau Schröder wurde gestern Abend gefällt. Die Geschworenen erkannten Keller des verurteilten Mordes für schuldig, dagegen Frau Schröder als nicht schuldig. Der Staatsanwalt beantragte gegen Keller 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Gefängnis. 2 Monate wurden auf die Untersuchungszeit angerechnet. Frau Schröder wurde freigesprochen.